

## Die staatliche Einflussnahme auf die industrielle Produktion.

Von Kommerzialrat Heinrich Vetter.

Präsident des Bundes Oesterreichischer Industrieller.

Wien, 9. November.

Der Präsident des Vereines der Baumwollspinner Oesterreichs, Herr Artur Kuffler, hat jüngst in der Gesellschaft oesterreichischer Volkswirte darzulegen versucht, daß bei dem Uebergange zur Friedenswirtschaft eine staatliche Einflussnahme im Wege industrieller Selbstverwaltungskörper auf die Produktion notwendig und wünschenswert sein werde. Der Redner führte aus, daß insbesondere den erwähnten Körperschaften das Recht zugebilligt werden müsse, eine Einschränkung der Erzeugung zu verfügen, sowie auch eine Drosselung der Einfuhr der Rohstoffe vorzunehmen und die Produktion derartig zu kontrollieren, daß Lagerhaltungen über ein bestimmtes Maß hinaus unmöglich gemacht werden, jede Ueberproduktion vermieden und die Erzeugung einem von diesen Selbstverwaltungskörpern anzunehmenden Bedarfe angepaßt werde. Dem Vortrage soll in der nächsten Zeit eine Diskussion folgen. Aber ich fühle mich geradezu verpflichtet, derselben vorzugreifen, damit sich nicht etwa die Ansicht herausbilden könne, daß die Mehrzahl der Industriellen oder industriellen Organisationen die Pläne und Absichten des Präsidenten Artur Kuffler vollkommen billige.

Die Regelung der Produktion ist während der Kriegszeit unbedingt geboten gewesen. Die Industrie mußte daher, so sehr sie gegen jeden Zwang und jede Einschränkung der individuellen Initiative ist, diese Zwangsorganisation hinnehmen, im vollen Bewußtsein, daß dadurch allein in zweckmäßiger Weise das Durchhalten mit unseren Vorräten ermöglicht würde, wenn auch andererseits Preisauschreitungen vielleicht nicht außer Zusammenhang mit diesen Zwangsregelungen sein könnten. Eine Ueberwachung und Regelung der Rohstoffeinfuhr sowie eine Einflussnahme auf die industrielle Verarbeitung der Rohstoffe erscheint in der vom Herrn Präsidenten Kuffler vorgeschlagenen Art nur für wenige Industrien, respektive für ganz bestimmte Rohstoffe vielleicht möglich. So erfolgt selbst die Verarbeitung der Baumwolle, zumindest der Halbfabrikate aus Baumwolle, vielleicht auch der Schafwolle und der Jute nicht ausschließlich in voraus bekannten Betrieben, zum Teil sogar in der Heimarbeit, deren Beteiligung mit Halbfabrikaten (und auch die Kontrolle ihrer Erzeugung) so schwer durchführbar ist, daß bei der vorgeschlagenen Regelung deren Ausschaltung fast notwendig wäre. Wie soll aber eine solche Regelung bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, wie Metallen, Gummi, Harzen und zahllosen anderen Artikeln stattfinden, welche in einer Anzahl von großen und kleinen Betrieben, und zwar in ganz verschiedenen Industrien, verarbeitet werden? Schon diese einfache Erwägung müßte zu der Folgerung führen, daß die Kufflerschen Vorschläge höchstens für einen ganz beschränkten Kreis von Industrien anwendbar sind. Hierbei hat Präsident Kuffler selbst bemerkt, daß auch für diese Industriegruppen eine vorgängige Einigung zwischen dem Deutschen Reich, Oesterreich und Ungarn erfolgen müßte. Wir hätten also sogar einen industriellen Quotenstreit zu gewärtigen, bei dessen Ausgang vielleicht die oesterreichische Industrie nicht allzugenügend abschneiden würde.

Aber selbst abgesehen hiervon, glaube ich aus prinzipiellen Gründen alle derartigen Eingriffe in die industrielle Produktion ablehnen zu müssen. Herr Präsident Kuffler scheint hier von einem dem meingigen direkt entgegengeetzten Standpunkte auszugehen. Er richtet sich vor der Gefahr der Ueberproduktion, während ich bei der Teuerung, dem Mangel an Transportmitteln und der Schwierigkeit der Valutabeschaffung mich nur davor fürchte, daß wir nicht die genügende Menge von Rohstoffen erhalten, um baldmöglichst wieder unseren ganzen industriellen Apparat in Bewegung zu setzen. Dies zu ermöglichen, muß das oberste Ziel jeder Wirtschaft und Handelspolitik sein. Wir müssen dafür sorgen, daß die aus dem Kriege und dem Militärdienst zurückkehrende Arbeiterschaft baldmöglichst wieder reichliche Beschäftigung findet. Ich glaube, daß dies der Staat und die Industrie vor allem der Arbeiterschaft schuldet, die ihr Leben und ihre Gesundheit für den Staat eingesetzt hat und bei ihrer Rückkehr nicht auf Almosen angewiesen sein darf, sondern lohnenden Erwerb in stetiger Beschäftigung finden muß. Die Wiederaufnahme der Produktion im weitestgehenden Maße ist auch vom industriellen und allgemein wirtschaftlichen Standpunkte nur geboten. Nur eine vollarbeitende Industrie kann daran denken, einen Export aufzusuchen und auch die hierfür notwendigen Opfer zu bringen. Und daß eine Ausfuhr schon vom staatsfinanziellen Gesichtspunkte aus dringend notwendig ist, wird wohl niemand bestreiten. Wenn wir aber durch Drosselungsmaßnahmen bei der Einfuhr die Wiederaufnahme einer vollen Produktionstätigkeit hemmen, werden andere Staaten auch die uns geographisch nächstliegenden Ausfuhrgebiete aufsuchen und besetzen und wenn wir dann mit Erlaubnis der industriellen Selbstverwaltungskörper unsere volle Erzeugung aufnehmen dürfen, werden wir vielleicht wieder einmal die Märkte, die in unserer Interessengrenze liegen, von anderen erobert finden. Schließlich und endlich erscheint mir eine baldmöglichste Aufnahme der ganzen Produktion auch aus einem anderen wichtigen Gesichtspunkte nötig. Die für die Konsumenten unerträgliche Teuerung kann nur durch eine vollenproduzierende Industrie gemildert werden. Jede Drosselung der Produktion durch Einfuhrbehinderungen wird und muß dazu führen, daß der hohe Preisstand aufrecht erhalten wird, weil die Industrie für die mangelnden Umsätze in erhöhten Gewinnen Ersatz sucht. Diese Preispolitik ist um so leichter durchzuführen, wenn das Angebot an Waren hinter dem Bedarfe zurück-

bleibt oder demselben ganz knapp angepaßt wird. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß es selbst für die industriellen Selbstverwaltungskörper nach der Umwälzung aller Verhältnisse durch den Krieg schwer fallen wird, „den legitimen Bedarf“ genau abzuschätzen, und daß auch hier verhängnisvolle Irrtümer vorkommen können. Auch glaube ich, daß wir die Lage unserer Unterhändler, welche bei Friedensschluß die handelspolitischen Beziehungen zu den Neutralen, aber auch zu unseren gegenwärtigen Feinden für uns günstig gestalten sollen, wesentlich erschweren, wenn wir mit Einfuhrverboten arbeiten. Es ist hierbei gleichgültig, ob dieselben direkt ausgesprochen oder auf Umwegen erreicht werden sollen. Denn gerade nach den Erfahrungen vor dem Kriege werden alle Staaten bei dem Abschluß von Handelsverträgen Sicherungen dafür verlangen, daß nicht auf indirektem Wege dem Handel andere Hindernisse als durch Zollsätze und Monopolbestimmungen bereitet werden. Auch wird immer der drohende Mangel an Schiffsraum für die Notwendigkeit staatlicher Regelung ins Treffen geführt. Wir wissen nicht, wie gewaltige Anstrengungen im Schiffbau gemacht werden, namentlich von den seefahrenden Neutralen, und ob dadurch nicht die Verluste des U-Boot-Krieges zum Teil aufgewogen werden. Wohl wissen wir aber, daß es unternehmenden Industriellen schon jetzt gelungen ist, sich Schiffsraum für die Zeit nach dem Kriegsende zu sichern. Die Schiffsraumfrage wird vielleicht zum großen Teile nur eine Preisfrage sein.

Schließlich werden die Reglementierungsvorschläge immer mit der Sorge um die Beschaffung der auswärtigen Zahlungsmittel begründet, mit anderen Worten mit der Valutafrage. Es kann wohl niemand so töricht sein, diese Sorge nicht zu berücksichtigen und die Regelung unseres Geldwesens nicht als eine der wichtigsten Zukunftsfragen zu betrachten. Es ist auch sicher, daß die Beschaffung der industriellen Rohstoffe und Halbfabrikate, die zur vollen Wiederaufnahme unserer industriellen Produktion notwendig sind, davon abhängig sein wird, ob wir in der Lage sein werden, uns die hierzu notwendigen auswärtigen Zahlungsmittel zu verschaffen. Aber ich glaube nicht, daß diese große Frage mit so kleinen Mitteln, wie Produktionsbeschränkungen, Einfuhrdrosselungen, gelöst werden kann. Die Valutafrage ist vor allem eine Frage des Kriegsausganges. Wir hoffen mit voller Zuversicht, daß wir den Krieg siegreich beenden und vor aller Welt der Glaube und das Vertrauen in die Zukunft der Monarchie gestärkt werden wird. Dieser glückliche Kriegsausgang ist die erste Grundlage, auf der sich die Regelung des Geldwertes aufbauen kann. Wenn wir gleichzeitig mit vollem Ernst daran gehen, unsere finanzielle Lage zu ordnen, wenn wir mit schonungsloser Sparlichkeit in der Verwaltung, mit der Beendigung des Regimes der nationalen Geschenke einsetzen werden, wenn wir gleichzeitig durch ein vernünftiges und gerechtes Steuerprogramm, welches bedauerlicherweise als unabwendbare Folgeerscheinung des Krieges die Steuerkraft der Bevölkerung sehr wird ausnützen müssen, das Gleichgewicht in unserem Staatshaushalte herstellen werden, dann werden wir auch wieder volles Vertrauen bei allen Neutralen genießen, dann wird es nicht schwer fallen, ein großes Valutaanlehen zum Zwecke der Rohstoffbeschaffung aufzunehmen, und dann sind alle Drosselungs- und Reglementierungspläne nicht nur unnötig, sondern geradezu schädlich. Wir müssen unsere Tore der Rohstoffeinfuhr weit und schrankenlos öffnen können. Dann wird auch die Industrie sofort mit Macht ihre Arbeit wieder einsetzen können. Wir dürfen uns nicht vor einer Ueberproduktion fürchten. Unsere einzige Sorge wird sein, ein Zurückbleiben der oesterreichischen Industrie zu verhindern. Jeder einzelne und alle Organisationen müssen trachten, daß die kommerziellen und technischen Kräfte unserer Industrie voll angespannt werden. Nur eine große, niemals aber eine gedrosselte Industrie kann jene Exportüberschüsse schaffen, welche unbedingt notwendig sein werden, um unsere Goldverschuldungen im Auslande zu tilgen und die Beständigkeit unseres Währungswezens dauernd aufrecht zu erhalten. Eine gedrosselte Industrie wird nur dazu führen, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege eintritt, daß die Teuerung fortdauert. Auch die gedrosselte Industrie erfordert eine Verschuldung an das Ausland für die Bezahlung ihrer Rohstoffe. Die Drosselung verhindert aber eine kräftige Entwicklung, die Exportüberschüsse schafft, mit denen wir unsere Goldschulden bezahlen.

Alle diese Vorschläge knüpfen an Vorstellungen an, an die wir uns im Kriege gewöhnt haben. In vielen Kreisen, namentlich in jenen, die sich unter den Regelungen materiell wohlbefunden haben, scheint sich der Gedanke festzusetzen, daß diese Regelungen dauernde Einrichtungen werden sollen. Ich freue mich sehr, daß unser gegenwärtiger Justizminister Dr. Franz Klein jüngst in einem Vortrage die Anschauung ausgesprochen hat, als ob es bei manchen Aktionen, die während des Krieges erfolgten, kaum am Plage wäre, sie in ähnlicher Menge und in ähnlichem Zeitmaße fortzusetzen. Und so hoffe ich auch, daß in der Industrie bald jene Strömungen überwunden sein werden, die in Beschränkungen ihr Heil sehen. Der Friede muß und wird wieder den Grundgedanken zu Ehren bringen, daß die freie Initiative die Grundlage des industriellen Gedeihens ist und jede Beschränkung derselben eine Gefährdung der industriellen Entwicklung bedeutet.